

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2002 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2000 (Nr. 9)
– Information und Kommunikation bei der Landespolizei**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 6. Mai 2004 folgenden Beschluss gefasst
(Drucksache 13/3036 Ziffer 2):

Die Landesregierung zu ersuchen,

nach der Umstellung auf die neuen IuK-Systeme über die eingetretenen
Rationalisierungseffekte bis 31. Dezember 2005 zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 28. Dezember 2005 Nr. I 0451.1 berichtet das Staatsmi-
nisterium wie folgt:

Im Bericht der Landesregierung vom 5. Dezember 2003 (Drucksache
13/2729) wurde der bis zu diesem Zeitpunkt erreichte Stand der Maßnahmen
zur Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikations-
technik (IuK) sowie der damalige Stand der weiteren Planungen dargelegt.

Nachdem Baden-Württemberg am 4. August 2003 den bisherigen Terminal-
Rechner-Verbund abgelöst und den Rechner-Rechner-Verbund mit den Zen-
tralsystemen des Bundes auf der Basis der damals bundesweit aktuellsten
Softwareversion von INPOL-Land/POLAS-BW aufgenommen hatte, wurden
in der Zeit vom 12. November bis 17. November 2003 die Daten aus dem
bisherigen Landesdatenhaltungssystem PAD (Personenauskunftsdatei) und in
der Zeit vom 11. bis 14. Dezember 2003 die Daten aus dem Landesdatenhal-
tungssystem MOD (Modus operandi Datei) nach POLAS-BW übernommen.

Damit entfiel die bis dahin erforderliche Doppelerfassung der Daten in einem Bundes- und einem Landessystem sowie die Erfassung und Recherche ungeklärter Straftaten in einem gesonderten System.

Im Jahr 2004 konnte bei der Polizei dann der Einstieg in die Schaffung einer modernen IuK-Infrastruktur als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen und ausfallsicheren Betrieb erreicht werden. U. a. wurden im Wege der Leasingfinanzierung neue Server beschafft und alte Bildschirmarbeitsplätze ersetzt. Außerdem konnten die Anwendungs- und Zugriffsmöglichkeiten für das Bund-/Länder-Informationssystem INPOL-neu optimiert werden. Zwischenzeitlich wurden über 21.000 Nutzer für den unmittelbaren Zugriff auf das Auskunftssystem berechtigt.

Die zur Entwicklung und Pflege polizeilicher Fachanwendungen eingegangene Kooperation mit den Bundesländern Hessen und Hamburg ist angelaufen. Bis Ende 2004 wurden an 85 Standorten auf Kooperationsprodukten basierende digitale Erkennungsdienstleistungsstellen (ED-digital) eingerichtet. Seit September 2005 sind im Lande 17 Livescan-Stationen zur digitalen Abnahme von Finger- und Handflächenabdrücken produktiv. Seit Oktober 2005 ist das in der Kooperation entwickelte und gepflegte webgestützte Analysewerkzeug zur Ermittlungsunterstützung CRIME (Criminal Research Investigation Management Software) mit mittlerweile drei Anwendungen im Einsatz.

Das in der Kooperation mit Hessen und Hamburg entwickelte und gemeinsam gepflegte Vorgangsbearbeitungssystem ComVor wird derzeit bei der Polizeidirektion Schwäbisch Hall pilotiert (geplante Produktivsetzung zum 1. März 2006), um reale Betriebserfahrungen mit der neuen Anwendung sammeln zu können.

Die Realisierung der zentral im Rahmen eines verwaltungsinternen Outsourcing beim Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) zu betreibenden neuen IuK-Infrastruktur und integrierten Bürokommunikation – eine technisch sehr anspruchsvolle Lösung, mit der auch die formelle Kommunikation gemäß Polizeidienstvorschrift 810 abgewickelt werden soll – als Voraussetzung für die landesweit flächendeckende Einführung des Vorgangsbearbeitungssystems ComVor wird sich auch auf Grund der während der Fußball-WM 2006 geltenden Veränderungssperre für die polizeilichen IuK-Systeme, um mögliche Störungen der Polizeiarbeit während dieses Großereignisses durch IuK-Umstellungsaktivitäten zu vermeiden, abhängig von der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel über das Jahr 2006 hinaus hinziehen.

Erst danach und sobald hinreichende Erfahrungen aus dem praktischen Betrieb vorliegen, können die eingetretenen Rationalisierungseffekte untersucht, festgestellt und bewertet werden.